S 13 U 1539/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung 8.
Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 13 U 1539/18 Datum 08.03.2023

2. Instanz

 Aktenzeichen
 L 8 U 1080/23

 Datum
 15.03.2024

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des KlĤgers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Stuttgart vom 08.03.2023 wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand

Zwischen den Beteiligten ist die Einstellung der Zahlung von ̸bergangsgeld mit Ablauf des 02.11.2017 streitig.

Der 1962 in Italien geborene Kläger hat keine Ausbildung abgeschlossen. Er war in seinem Berufsleben zunächst selbstständig im Bereich Trockenbau tätig. Zum Unfallzeitpunkt am 23.01.2016 war er seit sieben Jahren als Arbeiter bei der P1 GmbH angestellt. Hierbei handelt es sich um eine Baufirma, die im Auftrag der Deutsche Bahn tätig wird. Der Kläger war überwiegend mit $GrÃ^{1}$ 4ndungsarbeiten, Betonsanierungen, Kabeltiefbau sowie $RÃ^{1}$ 4ckbauarbeiten beschäftigt.

Am 23.01.2016 wurde der KlĤger bei Gleisbauarbeiten von einer S-Bahn gestreift.

Nach dem Entlassungsbericht des Klinikums S1 vom 04.02.2016 erlitt er ein Polytrauma mit einem Weichteilschaden ersten Grades bei offener Fraktur/Luxation des Unterarmes rechts, eine Orbitabodenfraktur sowie Fraktur der lateralen Orbitawand, eine Nasenbeinfraktur, eine Unterkieferfraktur, eine Skapulafraktur rechts und eine Rippenfraktur der elften und zwĶlften Rippe rechts. In der Folge war der KlĤger arbeitsunfĤhig und erhielt bis zum 21.07.2017 Verletztengeld.

Bei der Heilverfahrenskontrolle in den Kliniken S3 am 01.02.2017 zeigte sich beim Kläager noch eine Kraft- und Belastungsminderung der rechten Hand/des rechten Arms nach Unterarmfraktur sowie eine Einschräankung von kognitiven Fäahigkeiten bzw. eine konzentrative Belastbarkeitseinschräankung. Empfohlen wurde insoweit eine Arbeitserprobung in der letzten Täatigkeit im Umfang von zunäachst vier Stunden. Im Laufe der Arbeitserprobung stellte sich heraus, dass der Kläager zwar mit der einfacheren Täatigkeit auf dem Betriebshof, die er zunäachst durchfälhrte, gut zurechtkam. Ein erneuter Einsatz des Kläagers vollschichtig in der Montage war jedoch nicht mehr mäßlich. Da der Arbeitgeber keine dauerhafte leichtere Täatigkeit anbieten konnte und die vollschichtige Ausälhung der letzten Täatigkeit nicht mehr mäßlich war, wurde die Arbeits- und Belastungserprobung beendet.

Die Beklagte beauftragte sodann zunĤchst den privaten Arbeitsvermittler P2. Dieser unterstützte den Kläger ab 01.06.2017 bei Bewerbungen für eine Helfertätigkeit. Allerdings waren die Bewerbungsbemühungen sowohl aufgrund der gesundheitlichen, als auch der erheblichen sprachlichen Einschränkungen des Klägers nicht erfolgreich.

Daraufhin bewilligte die Beklagte dem Kläger mit Bescheid vom 19.07.2017 eine praxisorientierte Teilhabeleistung zur Reintegration fýr Rehabilitanden der Firma R1 fþr die Dauer von neun Monaten im Berufsförderungswerk S2 (Bezirksstelle S1). Fþr die Dauer der MaÃ \square nahme gewährte sie Ã \square bergangsgeld in Höhe von 68 % des bisher gezahlten Verletztengeldes. Entsprechend beauftragte die Beklagte die Krankenkasse mit der Auszahlung von Ã \square bergangsgeld von 54,19 â \square ¬ tÃ \square glich ab dem 04.09.2017.

Am 04.09.2017 nahm der Klämger zunämchst an der Maänahme teil. Noch am selben Tag rief seine Ehefrau bei der Beklagten an und teilte mit, dass ihr Mann wegen der eingeschrämkten Deutschkenntnisse Probleme habe und auch seine Kopfschmerzen wieder stark seien, er känne nicht weiter teilnehmen. Entsprechend bestämtigte der Reha-Trämger am 06.09.2017, dass der Klämger die Maänahme abgebrochen habe. Die Mitarbeiterin G1 des S2 teilte der Beklagten telefonisch am 11.09.2017 sowie mit E-Mail vom 13.09.2017 mit, dass beim Klämger deutliche sprachliche Defizite in Deutsch, sowohl im Hinblick auf das Sprechen, als auch auf das Lesen und Schreiben bestähnden und dass insoweit eine sprachliche Fänderung im Vorfeld einer weiteren Rehabilitationsmaänahme empfehlenswert sei.

Mit Attest vom 05.09.2017 attestierte der K1 dem Kläger Schulungsunfähigkeit vom 05.09.2017 bis voraussichtlich 24.09.2017. Im Zwischenbericht vom 09.10.2017 berichtete K1, dass der Kläger sich bei ihm mit persistierenden

Schmerzen erneut vorgestellt habe. Er habe über Kopfschmerzen geklagt. Eine Aggravation könne seinerseits nicht ausgeschlossen werden. Entsprechend äuÃ∏erte er sich auch im Bericht vom 07.12.2017 und teilte mit, dass er eine Arbeitsunfähigkeit bis 31.12.2017 attestiert habe. Er sei jedoch nicht bereit, eine weitere Arbeitsunfähigkeit zu bescheinigen.

Die Beklagte veranlasste am 12.09.2017 einen Termin des KlĤgers mit der B1 zur AbklĤrung der deutschen Sprach- und Schreibkenntnisse des KlĤgers. Deren Mitarbeiterin Frau E1 teilte am 09.10.2017 mit, dass sich herausgestellt habe, dass ein GesprĤch mit dem KlĤger in deutscher Sprache zwar mĶglich sei, er jedoch nicht Deutsch lesen und schreiben kĶnne. Ein entsprechender Deutschkurs sei insoweit zu empfehlen.

Mit Schreiben vom 12.10.2017 hörte die Beklagte den Kläger zur Einstellung des Ã□bergangsgeldes ab 02.11.2017 an. Er habe die MaÃ□nahme bereits nach einem Tag abgebrochen, sodass kein Anspruch auf Ã□bergangsgeld mehr bestehe. Es sei Schulungsunfähigkeit ab dem 05.09.2017 durch K1 attestiert worden und der Bildungsträger habe ergänzend auf erhebliche Defizite im Bereich der Kommunikationsfähigkeit in der deutschen Sprache hingewiesen.

Daraufhin beauftragte die Beklagte mit Schreiben vom 27.10.2017 die C2 mit der Prüfung, ob die Eignung des Klägers für eine Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben vorliege. Hierfür wertete die Firma die neuropsychologische Testung durch G2 sowie des H1 vom 20.11.2017 aus. Diese kamen zu dem Ergebnis, dass beim Kläger eine ausreichende kognitive Belastbarkeit fýr eine Beschäftigung in Vollzeit vorliege und er die Grundvoraussetzungen fA¹/₄r weitere berufliche Ma̸nahmen erfülle. Allerdings sei eine schulische MaÃ∏nahme im engeren Sinne nicht zu empfehlen. Die AuffĤlligkeiten bei der kognitiven LeistungsfĤhigkeit und die deutlichen sprachlichen Defizite würden einem erfolgreichen Verlauf entgegenstehen. Ferner sei beim KlĤger die Motivation fýr eine umfassende MaÃ⊓nahme, die mit dem Erlernen neuer theoretischer Inhalte verbunden wäre, nicht erkennbar. Erstrebenswert sei eine einfache und A¼berwiegend klar strukturierte Tätigkeit, die zu einem hohen MaÃ∏ an Routine führe. In einer solchen TÄxtigkeit dļrften deutlich weniger Schwierigkeiten auftreten, als bei komplexeren Aufgaben. Weiterhin fýhrte die C2 ein Evaluierungsgespräch mit dem Kläger am 09.02.2018 durch und empfahl anschlieÃ∏end die Durchführung einer mĶglichst kurzen Anpassungsqualifizierung. Eine klassische schulische Ma̸nahme sei aufgrund der mangelnden Motivation und der bestehenden EinschrÄxnkungen nicht sinnvoll. Empfohlen werde eine kurze und zielgerichtete Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben, um den Versicherten für den Werkschutz zu qualifizieren. Entsprechend bot die Beklagte dem KlĤger eine IHK-zertifizierte MaÃ⊓nahme für eine Tätigkeit im Werkschutz vom 14.05. bis 01.06.2018 an.

Auf die Anhörung des Klägers zur Einstellung des Ã□bergangsgeldes teilte die Prozessbevollmächtigte des Klägers am 02.11.2017 mit, dass der Kläger davon ausgehe, dass nach wie vor die Erbringung einer Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben angezeigt sei. Die ausgewählte MaÃ□nahme sei nicht geeignet gewesen. Es sei daher eine angemessene Teilhabeleistung zu bewilligen und

weiterhin ̸bergangsgeld zu gewähren.

Mit Bescheid vom 03.11.2017 verfügte die Beklagte die Einstellung des Ã□bergangsgeldes mit Ablauf des 02.11.2017. Durch die vorliegenden Beeinträchtigungen sei der Kläger derzeit nicht in der Lage, an einer geeigneten qualifizierten beruflichen RehabilitationsmaÃ□nahme teilzunehmen. Die ihm bewilligte MaÃ□nahme im S2 ab 04.09.2017 sei bereits nach einem Tag abgebrochen worden. Vom Bildungsträger sei ergänzend auf erhebliche Defizite im Bereich der deutschen Kommunikationsfähigkeit hingewiesen und diese Einschätzung auch im Rahmen eines Erstgespräches bei der G3 am 06.10.2017 bestätigt worden. Weiterhin habe K1 unmittelbar Schulunfähigkeit bescheinigt und Arbeitsunfähigkeit bis voraussichtlich bis 01.01.2018 festgestellt.

Hiergegen legte die ProzessbevollmĤchtigte des KlĤgers am 17.11.2017 Widerspruch ein und verwies zur Begrļndung auf das Schreiben vom 02.11.2017.

Der Kläger meldete sich zum 01.01.2018 arbeitslos und bezog anschlieÃ□end zunächst Arbeitslosengeld von der Bundesagentur für Arbeit.

Mit Widerspruchsbescheid vom 20.02.2018 wies die Beklagte den Widerspruch des Klä¤gers zurä¼ck. Auf Grund der Unfallfolgen bestehe grundsä¤tzlich ein Anspruch auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach å§ 35 VII i.V. å§ 33 SGB IX. Ein Anspruch auf Ä□bergangsgeld nach å§ 49 SGB VII bestehe, wenn Versicherte infolge des Versicherungsfalles Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erhielten und durch die aktive Teilnahme an dieser Maä□nahme kein oder nur geringeres Einkommen erzielen kä¶nnten. Eine praxisorientierte berufliche Qualifizierungsmaä□nä¤hme im Berufsfä¶rderungswerk S2 sei bereits am 1. Tag vom Klä¤ger abgebrochen worden. Die Abklä¤rung alternativer beruflicher Rehabilitationsmaä□nahmen im L1 habe aufgrund mangelnder Belastbarkeit und Deutschkenntnisse nach kurzer Zeit ebenfalls beendet werden mä⅓ssen. Aktuell nehme der Klä¤ger an keiner Maä□nahme teil, die ihn an einer mä¶glichen Erwerbstä¤tigkeit hindere. Nach den medizinischen Unterlagen seien mittelschwere kä¶rperliche Tä¤tigkeiten mä¶glich. Ein Anspruch auf ä□bergangsgeld bestehe somit derzeit nicht.

Im Rahmen der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs zahlte die Beklagte \tilde{A} bergangsgeld ab dem 03.11.2017 vorl \tilde{A} wifig weiter und stellte die \tilde{A} bergangsgeldzahlungen erst mit Ablauf des 21.03.2018 endg \tilde{A} ltig ein. Weiterhin bezog der Kl \tilde{A} ger vom 02.01. bis 13.05.2018 Arbeitslosengeld I.

Nach Aufnahme der IntegrationsmaÄ nahme der C2 ab dem 14.05.2018 zahlte die Beklagte vom 14.05.2018 bis 27.05.2018 Ä bergangsgeld. Am 27.05.2018 musste die MaÄ nahme aufgrund eines Myokardinfarktes des Kläzgers abgebrochen werden.

Am 23.03.2018 hat der Kläger Klage zum Sozialgericht Stuttgart (SG) erhoben. Er absolviere aktuell eine Teilhabeleistung. Daher habe er Anspruch auf Ã∏bergangsgeld. Die Einstellung des Ã∏bergangsgeldes sei nicht rechtmäÃ∏ig.

Die Beklagte hat zur Klageerwiderung auf die Begründung in den angefochtenen Bescheiden verwiesen.

Das SG hat unter dem 25.04.2018 darauf hingewiesen, dass die Aufhebung des \tilde{A} _bergangsgeldes aufgrund des Abbruchs der Ma \tilde{A} _nahme rechtm \tilde{A} \cong A \tilde{A} _ig sein d \tilde{A} $\stackrel{1}{\cancel{1}}$ 4rfte.

Der Kläger hat mit Schreiben vom 28.06.2018 mitgeteilt, dass er ab dem 14.05.2018 eine QualifizierungsmaÃ□nahme absolviert habe, die aufgrund des schweren Herzinfarktes vorzeitig beendet werden musste. Davor habe er bereits Leistungen der C2 erhalten, die ebenfalls als Teilhabeleistung zu qualifizieren seien.

Die Beklagte hat mit Schreiben vom 12.07.2018 ausgefļhrt, dass es sich bei den Leistungen der C2 nicht um Teilhabeleistungen gehandelt habe. Es sei dem KlĤger bereits mit Schreiben vom 27.10.2017 mitgeteilt worden, dass die Einschaltung der C2 der Prüfung diene, inwieweit weitergehende berufliche Rehabilitationsleistungen an ihn zu erbringen seien.

Das SG hat die Klage mit Gerichtsbescheid vom 08.03.2023 abgewiesen. Es liege eine ma̸gebliche Ã∏nderung der tatsächlichen Verhältnisse vor, die eine Aufhebung der Bewilligung des ̸bergangsgeldes nach <u>§ 48 SGB X</u> rechtfertige, da der Kläger die MaÃ∏nahme, für die das Ã∏bergangsgeld bewilligt worden sei, noch am ersten Tag, dem 04.09.2017 abgebrochen habe. Nach § 49 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) werde Ã\[\text{Dergangsgeld erbracht, wenn Versicherte}\] infolge des Versicherungsfalls Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erhielten. Der KlÄger habe nur am 04.09.2017 an der bewilligten Leistung zur Teilhabe teilgenommen. Aufgrund des Abbruchs der MaÃ□nahme habe ihm ab dem 05.09.2017 kein ̸bergangsgeld mehr nach § 49 SGB VII zugestanden. Der Kläger habe auch keinen Anspruch auf Weiterzahlung des Ã∏bergangsgeldes nach § 51 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) in der bis 31.12.2017 gültigen Fassung des Gesetzes vom 20.12.2011 bzw. § 71 SGB IX der ab 01.01.2018 gýltigen Fassung des Gesetzes vom 23.12.2016. Nach <u>§ 51 Abs. 1 Satz 1 SGB IX</u> a.F. (bzw. <u>§ 71 Abs. 1 Satz 1 SGB IX</u> n.F.) bestehe ein Anspruch auf Weiterzahlung von ̸bergangsgeld, wenn nach dem Abschluss von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben weitere Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erforderlich seien, want wie derer dem Grunde nach Anspruch auf ̸bergangsgeld bestehe, und wenn diese Leistung aus Gründen, die der LeistungsempfĤnger nicht zu vertreten habe, nicht unmittelbar anschlieÄ∏end durchgeführt werden könne. Diese Voraussetzungen lägen nicht vor. Denn bereits dem Gesetzeswortlaut nach setze die Vorschrift den Abschluss von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben voraus. Abgeschlossen sei eine entsprechende Ma̸nahme, wenn sie planmäÃ∏ig â∏∏ wie vorgesehen â∏∏ beendet worden sei. Vorzeitig abgebrochene MaÃ∏nahmen könnten Weiterzahlungsansprüche daher nicht begründen.

Eine Weiterzahlung des \tilde{A}_0 bergangsgeldes \tilde{A}_4 ber den 02.11.2017 hinaus $k\tilde{A}_1$ nne auch nicht aus $k\tilde{A}_2$ 1 Abs. 3 SGB IX a.F. (bzw. $k\tilde{A}_3$ 71 Abs. 3 SGB IX n.F.) resultieren. Diese Vorschrift bestimme, dass, wenn Leistungsempf \tilde{A}_1 mger Leistungen zur

Teilhabe am Arbeitsleben allein aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr, aber voraussichtlich wieder in Anspruch nehmen könnten, Ã∏bergangsgeld bis zum Ende dieser Leistung, lĤngstens bis zu sechs Wochen weitergezahlt werde. Vorliegend könne dahinstehen, ob die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben allein aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in Anspruch genommen werden könnten, da die bewilligte Teilhabeleistung auch an den mangelnden Deutschkenntnissen des Klägers gescheitert sei, denn die Vorschrift gewäghre einen Weiterzahlungsanspruch lĤngstens für einen Zeitraum von bis zu sechs Wochen, d.h. vorliegend bis zum 17.10.2017. Da die Beklagte bis einschlie̸lich 02.11.2017 Ã\|\text{bergangsgeld weitergew}\tilde{A}\|\text{mhrt und erst danach die Leistung} aufgehoben habe, könne hieraus kein weiterer Anspruch auf Ã∏bergangsgeld hergeleitet werden. Eine weitere MaÃ⊓nahme zur Teilhabe am Arbeitsleben habe der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)er erst wieder ab dem 14.05.2018 absolviert und f\(\tilde{A}^{1}\!\!/_{4}\)r die Dauer der Ma̸nahme auch Ã∏bergangsgeld erhalten. Das zuvor geführte Gespräch mit der C2 und deren ̸berprüfung der Aktenlage im Hinblick darauf, was für eine Ma̸nahme für den Kläger in Betracht komme, diene allein der Vorbereitung einer Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben und sei nicht selbst als Teilhabeleistung zu qualifizieren. Insoweit habe der KlĤger vor dem 14.05.2018 keinen Anspruch auf ̸bergangsgeld nach <u>§ 49 SGB VII</u> gehabt.

Die ProzessbevollmÄxchtigte des KlÄxgers hat gegen den ihr am 14.03.2023 zugestellten Gerichtsbescheid am 11.04.2023 Berufung beim Landessozialgericht Baden-WÃ1/4rttemberg (LSG) eingelegt. Der Bescheid vom 03.11.2017 werde als rechtswidrig gerügt, da der Kläger den Bescheid erst zum 06.11.2017 erhalten habe und somit die Einstellung des Ä\u00fabergangsgeldes zum 07.11.2017 und gerade nicht ab dem 03.11.2017 hÃxtte erfolgen können. Die Annahme des SG, dass eine Aufhebung rýckwirkend möglich sei, da es dem Kläger aufgrund der Anhörung bekannt gewesen sei, dass ihm kein Ã\(\text{Dergangsgeld zustehe, kÃ}\)\(\text{¶nne nicht gefolgt}\) werden und gehe fehl. Worauf das SG die rýckwirkende Aufhebung stýtze, insbesondere welche Rechtsnorm, sei nicht klar. Der KlĤger habe dem Grunde nach Anspruch auf GewĤhrung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, sodass ihm ̸bergangsgeld zu gewähren sei. Die MaÃ∏nahme sei für den KlĤger aufgrund seines sprachlichen Defizits nicht geeignet gewesen. Dem KlÄxger sei jedoch eine geeignete Teilhabeleistung von Seiten der Beklagten zu gewĤhren gewesen. Die EinschrĤnkungen des KlĤgers in der deutschen Sprache und die Defizite in der KommunikationsfĤhigkeit des KlĤgers fļhrten dazu, dass schulische MaÄnahmen nicht geeignet seien. Hier stelle sich die Frage, warum von der Beklagten keine weiteren MaÄnahmen ergriffen worden seien, eine geeignete Teilhabeleistung für den Kläger zu finden. Der Kläger sei für jegliche MaÃ⊓nahmen offen gewesen.

Der KlĤger beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Stuttgart vom 08.03.2023 sowie den Bescheid vom 03.11.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 20.02.2018 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, dem Kläger Ã⅓ber den 03.11.17 hinaus Ã□bergangsgeld in gesetzlicher Höhe und Frist zu gewähren.

Die Beklagte beantragt,

Â . die Berufung zurückzuweisen.

Die Beklagte hat zur Berufungserwiderung angefA¹/₄hrt, dass nach <u>§ 48 Abs. 1 SGB</u> X ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung mit Wirkung fýr die Zukunft aufzuheben sei, soweit in den tatsÄxchlichen oder rechtlichen VerhÄxltnissen, die bei Erlass des Verwaltungsakts vorgelegen hätten, eine wesentliche Ã∏nderung eintrete. Eine wesentliche Ã⊓nderung sei bereits am 05.09.2017 eingetreten, da der Kläger bereits am ersten Tag die bewilligte Ma̸nahme abgebrochen habe. Dem Kläger habe es schlicht an der Bereitschaft zur Mitwirkung gefehlt. Eine berufliche Ausbildung habe er weder begonnen noch abgeschlossen. Er habe geäuÃ∏ert, dass eine â∏schulischeâ∏ Qualifikation für ihn nicht in Frage komme. Aufgrund der Unfallfolgen und seines allgemeinen Gesundheitszustandes habe er dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu Verfä\(\frac{1}{4}\)gung gestanden. Er sei, trotz Unfallfolgen, weiterhin in der Lage, eine praktische AnlerntÃxtigkeit aufzunehmen. Hierzu werde er von der Berufungsbeklagten unterstýtzt. Die Beklagte habe die C2 T2, beauftragt, den BerufungsklĤger bei der Teilhabe am Arbeitsleben zu unterstützen. Aus der Berufungsbegründung würden sich keine neuen Gesichtspunkte ergeben, die die Feststellungen im Gerichtsbescheid vom 08.03.2023 erschütterten. Der Reha-Manager der Beklagten A1 habe den Kläger bei der Teilhabe am Arbeitsleben intensiv unterstA¹/₄tzt. Es seien ausfA¹/₄hrliche GesprĤche geführt worden. Jedoch sei der Kläger nicht, wie nachträglich behauptet, für â∏jegliche MaÃ∏nahmenâ∏∏ offen gewesen.

Die Berichterstatterin hat den Rechtsstreit am 22.01.2024 mit den Beteiligten nicht Ķffentlich erĶrtert.

Die Beteiligten haben ihr EinverstĤndnis mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung nach <u>§ 124 Abs. 2 SGG</u> erklärt.

Bezüglich des weiteren Vorbringens der Beteiligten und der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts wird auf die Gerichtsakten beider Rechtszüge sowie die beigezogenen Verwaltungsakten der Beklagten verwiesen.

Entscheidungsgründe

Die gemäÃ∏ <u>§ 151 SGG</u> form- und fristgerecht eingelegte Berufung des Klägers, ýber die der Senat mit Einverständnis der Beteiligten ohne mþndliche Verhandlung nach <u>§ 124 Abs. 2 SGG</u> entscheiden konnte, ist gemäÃ∏ <u>§Â§ 143</u>, <u>144 SGG</u> zulässig, in der Sache aber ohne Erfolg.

Der angefochtene Bescheid vom 03.11.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 20.02.2018 ist nicht rechtswidrig. Der Kläger hat keinen Anspruch auf die Gewährung von Ã□bergangsgeld þber den 02.11.2017 hinaus. Daher hat das SG die Klage zu Recht abgewiesen.

Das SG hat in dem angefochtenen Gerichtsbescheid die rechtlichen

Voraussetzungen für die Aufhebung der Ã∏bergangsgeldbewilligung nach § 48 Abs. 1 SGB X i.V.m. § 49 SGB VII i.V.m. §Â 51 SGB IX a.F. für den Zeitraum bis zum 31.12.2017 bzw. Â \S 71 SGB IX n.F. fÃ $\frac{1}{4}$ r den Zeitraum ab dem 01.01.2018 ausführlich dargelegt und anschlieÃ⊓end zutreffend und fundiert ausgeführt, dass ab dem Zeitpunkt des Abbruchs der Leistung zur Teilhabe am 04.09.2017 kein Anspruch auf ̸bergangsgeld mehr besteht. Der Kläger hat bestätigt, dass er die MaÃ⊓nahme am 04.09.20217 abgebrochen hat. Bereits aus diesem Grund ist der Anspruch auf ̸bergangsgeld ab dem 05.09.2017 entfallen, da es sich beim ̸bergangsgeld um eine akzessorische Leistung handelt, die von der Bewilligung und Durchführung der Hauptleistung zur Teilnahme am Arbeitsleben abhängig ist (vgl. Westermann in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VII, 3. Aufl., § 49 SGB VII Rdnr. 23 ff.). DemgemäÃ∏ besteht ein Rechtsanspruch auf Ã∏bergangsgeld erst dann, wenn die Hauptleistung bewilligt ist und auch tatsA¤chlich durchgefA¼hrt wird (vgl. BSG, Urteil vom 31.05.1989 â□□ 4 RA 50/88 â□□, juris Rdnr. 28 ff.). Bei einem Abbruch der Teilnahme an der MaAnahme endet der Anspruch auf ̸bergangsgeld, es sei denn, dass ein Fall des § 71 Abs. 3 SGB IX vorliegt.

Das SG führt auch zutreffend aus, dass der Kläger aus §Â 71 Abs. 3 SGB IX (bzw. aus <u>§ 51 Abs. 3 SGB IX</u> a.F.) ebenfalls keinen Anspruch auf Ã∏bergangsgeld über den 02.11.2017 hinaus ableiten kann, da die Beklagte das Ã∏bergangsgeld über den 04.09.2017 hinaus bis einschlieÃ∏lich 02.11.2017 und daher weit über den sechswA¶chigen Anspruchszeitraum des A§ 71 Abs. 3 SGB IX hinaus weitergezahlt hat. Die Frage, ob die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 71 Abs. 3 SGB IX erfüIlt sind, kann daher dahingestellt bleiben. Lediglich ergänzend weist der Senat darauf hin, dass der Abbruch der Leistung zur Teilhabe nicht allein aus gesundheitlichen Gründen, sondern auch infolge der mangelnden Deutschkenntnisse des KlĤgers erfolgte und somit nicht allein gesundheitliche Gründe ursÃxchlich waren. Der Anspruch auf Zwischenübergangsgeld nach § 71 Abs. 3 SGB IX im Anschluss an eine Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben wegen nicht zu vertretender UnmĶglichkeit der Vermittlung in eine zumutbare Beschäaftigung setzt voraus, dass der Leistungsempfäanger der Arbeitsvermittlung subjektiv und objektiv zur Verfügung steht (vgl. hierzu LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 16.11.2023 â∏ L 10 R 3772/20 â∏, juris Rdnr. 40 ff.). Dies ist vorliegend der UmstĤnde, welche zum Abbruch gefĽhrt haben zweifelhaft, kann jedoch letztlich dahingestellt bleiben. Bei <u>§ 71 SGB IX</u> handelt es sich auch um eine abschlieÃ⊓ende Regelung; andere Fallkonstellationen als die dort genannten vermĶgen daher keinen Anspruch auf Weiterzahlung von unterhaltssichernden Leistungen au̸erhalb der Laufzeit der HauptmaÃ∏nahme zu begründen. â∏Erweiternde Auslegungenâ∏ und Analogieschlüsse kommen mangels Regelungslücke grundsÃxtzlich nicht in Betracht (vgl. Schlette in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB IX, 4. Aufl., <u>§Â 71 SGB IX</u> Rdnr. 11; LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 14.11.2008 â∏ L 3 U 68/05 â∏, juris Rdnr. 43).

Ein Anspruch auf Ã□bergangsgeld ist im vorliegenden Fall erst wieder durch die erneute Leistung zur Teilhabe ab dem 14.05.2018 entstanden. Entsprechend hat die Beklagte ab diesem Zeitpunkt wieder Ã□bergangsgeld gezahlt. Die in der Zwischenzeit von der Beklagten initiierten MaÃ□nahmen zur Prüfung der Deutschkenntnisse des Klägers sowie der Eignungsabklärung durch die C2 sind

als Vorbereitungshandlungen nicht geeignet, einen Anspruch auf Ã\[bergangsgeld auszul\tilde{A}\] sen. Ma\tilde{A}\[nahmen zur Eignungsabkl\tilde{A}\[xrung nach \frac{\tilde{A}\tilde{S}}{33} \frac{Abs.}{4} \frac{SGB}{IX} \] a. F. bzw. \tilde{A}\[\tilde{S} \] 49 Abs. 4 Satz 2 SGB IX n.F., bei denen es sich um einen Teil des den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben vorgeschalteten Verwaltungsverfahrens handelt, stellen keine Leistungen zur Teilhabe dar und l\tilde{A}\[\tilde{S}\] sen daher keinen Anspruch auf \tilde{A}\[\tilde{D}\] bergangsgeld aus (vgl. Luik in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB IX, 4. Aufl., \tilde{A}\[\tilde{S} \] 49 SGB IX Rdnr. 140; LSG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 08.02.2017 \tilde{a}\[\tilde{D}\] L 3 R 849/16 \tilde{a}\[\tilde{D}\] , juris Rdnr. 19). Hierauf weist auch das SG in der angefochtenen Entscheidung zutreffend hin. Der Senat sieht von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgr\tilde{A}\[\frac{1}{2} \] and weist die Berufung aus den Gr\tilde{A}\[\frac{1}{2} \] and der angefochtenen Entscheidung als unbegr\tilde{A}\[\frac{1}{2} \] and the zur\tilde{A}\[\frac{1}{2} \] an

Das Vorbringen des KlĤgers im Berufungsverfahren führt nicht zu einer anderweitigen Beurteilung des Sachverhalts. Entgegen dem Vorbringen des KIägers war die Beklagte nach § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 SGB X berechtigt, die ̸bergangsgeldbewilligung ab dem 03.11.2017 aufzuheben. Die Beklagte hat im Bescheid vom 19.07.2017 den KlĤger darļber in Kenntnis gesetzt, dass ̸bergangsgeld nur für die Dauer der MaÃ∏nahme gezahlt wird. Im Anhörungsschreiben vom 12.10.2017 hat die Beklagte den Kläger dann darüber in Kenntnis gesetzt, dass nach Abbruch der MaÃ∏nahme derzeit keine weitere Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben zu gewĤhren ist und die Voraussetzungen für die Gewährung von Ã∏bergangsgeld daher entfallen sind. Die Beklagte hat zudem die beabsichtigte Einstellung des ̸bergangsgeldes am 02.11.2017 angekündigt. Somit hat die Beklagte die Zahlung des ̸bergangsgeldes nicht bereits ab dem Zeitpunkt der Ã∏nderung der Verhältnisse zum 04.09.2017, sondern erst spĤter nach vorheriger Ankündigung eingestellt. Die Beklagte hat auch die ProzessbevollmÄxchtigte über die vorlÄxufige Weitergewährung des Ã∏bergangsgeldes bis zur Klärung der Frage der Fortführung einer Leistung zur Teilhabe mit Schreiben vom 06.09.2017 informiert. Der KlĤger hatte daher Kenntnis von der Ã∏nderung der Verhältnisse, so dass die Beklagte zu Recht die Zahlung des Ã\(\text{Dergangsgeldes zum 02.11.2017 eingestellt}\) hat.

Auch soweit der KlĤger anfļhrt, dass die MaÄ∏nahme nicht geeignet gewesen sei und er weiterhin Anspruch auf eine Leistung zur Teilhabe habe, begrľndet dies keinen Anspruch auf Ä∏bergangsgeld. Ein Anspruch auf Ä∏bergangsgeld besteht nur wĤhrend einer laufenden Leistung zur Teilnahme. Der KlĤger stellt selbst auÄ∏er Frage, dass er die mit Bescheid vom 19.07.2017 bewilligte Leistung abgebrochen hat. Die Frage, ob die mit Bescheid vom 19.07.2017 bewilligte Leistung geeignet war und er weiterhin Anspruch auf Bewilligung einer anderen Leistung zur Teilhabe hat, ist durch weitere EignungsmaÄ∏nahmen zu ermitteln, begrļndet jedoch keinen Anspruch auf Ä∏bergangsgeld wĤhrend dieser vorbereitenden AbklĤrungszeit. Das Ä∏bergangsgeld sichert nur den Lebensunterhalt wĤhrend einer laufenden Leistung zur Teilhabe. Eine solche hat der KlĤger im Zeitraum vom 03.11.2017 bis zum 14.05.2018 nicht durchlaufen. Im Ä∏brigen hat die Beklagte weitere MaÄ∏nahmen ergriffen, um die Eignung des KlĤgers fľr eine weitere Leistung zur Teilhabe und die Auswahl dieser Leistung zu prļfen. Insofern trifft der Vorwurf des KlĤgers, dass die Beklagte keine weiteren MaÄ∏nahmen zur

Prüfung des Anspruchs auf Leistungen zur Teilhabe ergriffen habe, nicht zu. Die Auswahl und die Prüfung obliegt jedoch der Beklagten nach MaÃ∏gabe des § 49 Abs. 4 Satz 1 SGB IX, so dass nicht von vorneherein Anspruch auf Bewilligung einer MaÃ∏nahme mit Ã∏bergangsgeldanspruch besteht. Zudem war der Kläger nach den Ausführungen der C2 im Bericht vom 12.02.2018 zur Absolvierung einer schulischen MaÃ∏nahme nicht bereit, so dass auch nicht sämtliche MaÃ∏nahmen in Betracht kamen. Die Beklagte hat daher zu Recht die Zahlung von Ã∏bergangsgeld ab dem 03.11.2017 eingestellt.

Die Berufung des Klägers war daher in vollem Umfang als unbegründet zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung folgt aus <u>§ 193 SGG</u>.

Gründe für die Zulassung der Revision bestehen nicht.

Â

Erstellt am: 24.04.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024